
Berichte

Die Ergebnisse der Betriebsratswahlen 1987



Industriegewerkschaft
Druck und Papier (IGDruPa)

Die verstärkte *technische Rationalisierung*, insbesondere durch den Einsatz modernster EDV-Systeme, ist seit langem die erste Konsequenz aus einer Entwicklung, die einerseits unmittelbar Arbeitsplätze vernichtet, andererseits aber auch mehr Leistungsdruck sowie eine verstärkte psychische und physische Belastung der Arbeitnehmer erzeugt. Erweiterungs-Investitionen finden kaum statt; jede Neuinvestition ist gleichzeitig eine Rationalisierungs-Investition, die mit einem Wettbewerbsvorteil gegenüber den Konkurrenten verbunden sein muß.

Eine höhere Konkurrenzfähigkeit und Gewinnsteigerung kann aber auch mit anderen Instrumenten der Kosteneinsparung erreicht werden: *Flexibilisierung* heißt das

moderne Schlagwort. Konsequenz: umfassende Anpassung der Arbeitnehmer an die Bedürfnisse des Unternehmers, um Kosten zu sparen und damit die Gewinne zu steigern.

In der Arbeitszeitpolitik zielt unternehmerische Flexibilisierung auf eine bessere Kapazitätsauslastung und darauf, daß der jeweilige Beschäftigte dann zur Verfügung steht, wenn der Unternehmer ihn gerade benötigt. Kapazitäts- und produktionsorientierte Arbeitszeiten sind das Ziel unternehmerischer Arbeitszeitpolitik. Seit Jahren betreiben Unternehmer aber nicht nur die Flexibilisierung der Arbeitszeit, sondern auch die Flexibilisierung der Zahl der Arbeitnehmer beziehungsweise deren Arbeitsverhältnisse.

Arbeitnehmer werden in zunehmendem Maße befristet, auf Abruf (kapazitätsorientierte und variable Arbeitszeit = Kapovaz), in Heimarbeit (insbesondere Telearbeit), als Leiharbeiter oder in Teilzeit beschäftigt. Nach neuesten Untersuchungen arbeiten mittlerweile 25 Prozent aller Arbeitnehmer in einer Form ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse.

Fazit: Durch Rationalisierung und unsoziale Arbeitszeitpolitik der Unternehmer werden Arbeitsplätze vernichtet; 1980 bis 1984 waren dies über 20 000 im Organisationsbereich der IG Druck und Papier. Zusätzlich wird durch die Angst um den Arbeitsplatz - gerade auch verstärkt durch ungeschützte Arbeitsverhältnisse - die Disziplinierung der Arbeitnehmer verschärft. Dies führt unter anderem auch dazu, daß die Angst, die eigenen Interessen wahrzunehmen und sich zu engagieren - zum Beispiel im Betriebsrat -, größer wird.

Gleichwohl konnte in den Jahren 1985 bis 1987 die Talfahrt der Beschäftigung gestoppt und leicht umgekehrt werden. Die Ursachen: die Wirkung der Arbeitszeitverkürzung und der verbesserten konjunkturellen Lage der Gesamtwirtschaft, aber auch der Druckindustrie sowie der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Industrie.

Zum wiederholten Mal zeigt die Entwicklung seit 1986: Wirtschaftswachstum alleine reicht nicht aus, um die Beschäftigung zu steigern. 4,2 Prozent Wirtschaftswachstum steht lediglich eine Steigerung der Beschäftigung von 0,1 Prozent gegenüber. Dies ist der praktische Gegenbeweis zu der „hohlen“ Propaganda und höheren Wirtschaftslogik, die seitens der Unternehmer, der Wirtschaftsinstitute und der Bundesregierung immer wieder in die Welt gesetzt wird.

Rechtspolitische Rahmenbedingungen

Vor dem Hintergrund des absehbaren nächsten konjunkturellen Einbruchs und der erheblichen Möglichkeiten zur Rationalisierung wird eine beschäftigungswirksame Umsetzung der 37,5- und 37-Stunden-Woche in der Druckindustrie und die Durchsetzung entsprechender Arbeitszeitverkürzungen in allen anderen Tarifbereichen für die IG Druck und Papier von entscheidender Bedeutung sein, um die Arbeitsverhältnisse zu sichern und möglichst zu steigern. Zur Sicherung der Beschäftigung sind auch der Überstundenabbau und die Einhaltung beziehungsweise Durchsetzung von Maschinenbesetzungsvorschriften von besonderer Bedeutung.

Die Durchsetzung und Umsetzung der tariflichen Arbeitszeitverkürzung sowie der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze und gegen die negativen Auswirkungen von Rationalisierungs- und Kontrollmaßnahmen haben die Arbeit der Betriebsräte in der letzten Amtsperiode entscheidend geprägt. Auch in den kommenden Jahren werden Rationalisierungsmaßnahmen und Betriebsänderungen der verschiedensten Art, Teil- und Total-Stillegungen sowie Unternehmensteilungen und Betriebsaufspaltungen Hauptbetätigungsfelder der Betriebsräte sein, und zwar bei einer weiteren Verschlechterung der sozialen Rahmenbedingungen.

Die amtierende konservativ-wirtschaftsliberale Koalition wird nämlich ihre Politik, Sozialrechte abzubauen und Arbeitnehmerschutzrechte einzuschränken, Zug um Zug fortsetzen. Eine sehr hohe Priorität nimmt dabei die in der letzten Legislaturperiode aufgrund massiver Arbeitnehmerproteste im Zusammenhang mit der Novellierung des § 116 Arbeitsförderungs-gesetz (AFG) mit Rücksicht auf die Bundestagswahl zurückgestellte Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) ein, mit der eine Fraktionierung und Spaltung der betrieblichen Interessenvertretung verfolgt wird.

Weitere Gesetzesvorhaben zu Lasten der Arbeitnehmer stehen im Laufe der Legislaturperiode auf der Tagesordnung: so zum Beispiel die Steuerreform, die den Armen nimmt und den Reichen gibt, sowie die Änderung der Arbeitszeitordnung durch ein neues Arbeitszeitgesetz, das die 48-Stunden-Woche festschreibt, Schutzrechte für Frauen abbaut, gesetzlich den Spielraum für weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit eröffnet usw.

Die sich daraus ergebenden rechtlichen und sozialpolitischen Probleme für die Beschäftigten sowie für die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung bedingen eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den Betriebsräten und der IG Druck und Papier sowie einen regelmäßigen und umfassenden Informationsaustausch gegebenenfalls unter Einbeziehung der Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat.

Unternehmereinflüsse

In der weit überwiegenden Zahl der Betriebe konnte die Betriebsratswahl reibungslos vorbereitet und durchgeführt werden.

Obwohl das Bundesarbeitsgericht (Beschluß vom 4.12.1986 - 6 ABR 48/85 -) noch rechtzeitig vor der Betriebsratswahl festgestellt hat, daß die Wahlbeeinflussung von Unternehmern zur Unwirksamkeit der Betriebsratswahl führt, haben auch 1987 einige Unternehmer - teils verdeckt - versucht, durch gezielte Stellungnahmen in Betriebsversammlungen sogenannte „unabhängige“ Listen beziehungsweise Kandidaten zu unterstützen.

Vereinzelt kam es auch zu ganz massiven Fällen der Wahlbehinderung oder gar -Verhinderung. Letzteres insbesondere in Betrieben, wo erstmals ein Betriebsrat gewählt werden sollte. So schreckten einzelne Unternehmer auch nicht davor zurück, Wahlvorstandsmitgliedern oder Wahlbewerbern Hausverbot zu erteilen oder gar zu kündigen. Sofern die Wahlbehinderung beziehungsweise Beeinflussung nachgewiesen werden konnte, wurden seitens der IG Druck und Papier beziehungsweise der wahlberechtigten Arbeitnehmer arbeitsgerichtliche Beschlußverfahren beziehungsweise Strafverfahren eingeleitet.

Selbst wenn nur sehr wenige - aber nicht nur unbedeutende - Unternehmer die Tatsache nicht respektieren, daß es sich bei der Wahl des Betriebsrats um einen demokratischen Wahlakt der Arbeitnehmer - und von niemandem sonst - handelt, ist es typisch, daß Arbeitgeberverbände, die bei angeblichen „Übergriffen“ von Gewerkschaftern und Betriebsratsmitgliedern sehr schnell mit offiziellen und offiziellen Stellungnahmen bei der Hand sind, hierzu schweigen.

Konkurrierende Listen/Gruppierungen

Wie bei den vorherigen Betriebsratswahlen wurden auch dieses Mal keine wesentlichen Aktivitäten gegnerischer Organisationen/Splittergruppen festgestellt. Verschiedentlich traten jedoch sogenannte „unabhängige“ Listen auf. Gegenüber der Betriebsratswahl 1984 reduzierte sich die Zahl der Betriebe mit Listenwahl in beiden Arbeit-

nehmergruppen, und zwar von 5,1 auf 4,1 Prozent in der Gruppe der Arbeiter und von 5 auf 4,5 Prozent in der Gruppe der Angestellten.

Auch innergewerkschaftliche Oppositionslisten, die gegen die offizielle IG-Druck- und Papier-Liste kandidierten, traten nicht in Erscheinung. Die erfreulich negative Bilanz in dieser Hinsicht ist in erster Linie auf die Organisationsstruktur (überschaubare Betriebsgrößen) zurückzuführen. So haben im Organisationsbereich der IG Druck und Papier insgesamt 44,5 Prozent der Betriebe mit Betriebsrat weniger als 50 Beschäftigte. Mehr als 300 Arbeitnehmer werden dagegen lediglich in 9,7 Prozent der Betriebe beschäftigt. Nur 32 Betriebe haben mehr als 1000 Beschäftigte. Daraus folgt, daß in den meisten Betrieben noch der Kontakt zwischen den einzelnen Arbeitnehmern gewährleistet ist. Man verständigt sich bereits im Vorfeld sehr oft auf eine Liste, was nicht selten auch zur Wahl von unorganisierten Betriebsratsmitgliedern führt. Möglicherweise liegt hierin auch die Ursache für den relativ hohen Anteil der unorganisierten Betriebsratsmitglieder.

Eigene Aktivitäten zur Betriebsratswahl

Der hohe Stellenwert, den Betriebsratsmitglieder im Rahmen der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit einnehmen, wird nicht zuletzt dadurch unterstrichen, daß nach den Richtlinien der IG Druck und Papier für die gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit organisierte Betriebsratsmitglieder (Jugendvertreter und Schwerbehindertenvertreter) ohne besondere Wahl gewerkschaftliche Vertrauensleute sind.

Damit möglichst viele aktive Gewerkschafter in die Betriebsräte gewählt werden, wurden die Betriebsratswahlen auf allen Ebenen der IG Druck und Papier intensiv vorbereitet. Allerdings gelang es nicht immer, die Aktivitäten hinsichtlich der Tarif auseinandersetzung in der Druckindustrie (beziehungsweise Tarif umsetzung in der Papierverarbeitung) und der Betriebsratswahl so miteinander zu verbinden, daß sie zu gegenseitigen Mobilisierungseffekten führten. Das Vorziehen des zentralen Wahltermins trug zwar etwas zur „Entzerrung“ bei, verhinderte aber nicht, daß je nach betrieblicher Situation beziehungsweise betrieblichen Aktivitäten die Vorbereitung der Tarif auseinandersetzung durch die Vorbereitung der Betriebsratswahl - oder umgekehrt - überlagert und vernachlässigt wurde.

Der zentrale Wahltermin (31. März) war für die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahl wiederum eine nützliche Hilfe. Dadurch war es möglich, allen Funktionären — insbesondere den Betriebsräten und Wahlvorständen - in „wahlbegleitenden“ Artikeln in „druck und papier“ die notwendige Unterstützung zu gewähren. Zur Vorbereitung der Betriebsratswahl wurden wieder Checklisten, die Broschüre „Betriebsratswahl '87“, Plakate, Prospekte, Flugblätter, Eindruckplakate und Aufkleber zur Verfügung gestellt.

Wertung des Wahlergebnisses

Auch wenn hierfür verschiedene Ursachen ausschlaggebend sind, kann das Ergebnis der Betriebsratswahl 1987 aus der Sicht der IG Druck und Papier nicht befriedigen. Gegenüber 1984 ist die Zahl der Betriebe mit Betriebsrat nicht unerheblich zurückgegangen, auch die Zahl der organisierten Betriebsratsmitglieder ist niedriger. Die selbst gesteckten Wahlziele wurden somit nicht erreicht.

Der Rückgang der Betriebe mit Betriebsrat ergibt sich zum einen aus Betriebsstilllegungen; zum anderen aus der Tatsache, daß es bei der Betriebsratswahl 1987 in einigen Fällen gelang, wieder einheitliche Betriebsräte für Betriebe mehrerer Unternehmer zu wählen; so wurde beispielsweise für sechs Unternehmen des Heinrich-Bauer-Verlages wieder nur ein Betriebsrat gewählt. Die Aktivitäten der IG Druck und

Papier zur Verhinderung der Spaltung von gewachsenen Betriebsratsgremien haben bei dieser Betriebsratswahl zum ersten Mal dazu geführt, daß bereits vollzogene Spaltungen gegen den Widerstand der Unternehmer mit Hilfe des Arbeitsgerichts (in einem Fall aber noch nicht rechtskräftig) wieder rückgängig gemacht werden konnten. Desweiteren ist der Rückgang aber auch darauf zurückzuführen, daß bis zum Abschlußtermin nicht alle Berichtsbogen vorgelegen haben.

Sicherlich hat auch die Mobilisierungsarbeit für die Tarifauseinandersetzung 1987 die Kraft der IG Druck und Papier derartig gebunden, daß die Ortsvereinsvorstände und Bezirkssekretäre oft nicht die Zeit fanden, sich intensiv um jene Betriebe zu bemühen, in denen die Betriebsratswahl kein „Selbstläufer“ ist. Völlig ausgeschlossen war es deshalb auch, sich auch noch um solche Betriebe zu kümmern, in denen bisher kein Betriebsrat bestand.

Ergebnisse der Betriebsratswahl (Zusammenfassung)

Betriebsratswahl 1987 im Bereich der IG Druck und Papier im Vergleich zu dem Ergebnis 1984

Betriebsratswahl	1987	1984
Erfasste Betriebe	1974	2029
Wahlberechtigte	271 210	268 000
Wahlbeteiligung	209 834 = 77,4 %	213 413 = 79,6 %
Betriebsratsmitglieder	9 108	8 685
davon IG Druck und Papier	7 006 = 76,9 %	6 699 = 77,0 %
DAG	95 = 1,0 %	97 = 1,1 %
andere Gewerkschaften (vorwiegend DJV ¹)	114 = 1,3 %	127 = 1,5 %
Unorganisierte	1871 = 20,8 %	1751 = 20,4 %
Gesamtergebnis	1987	1984
Betriebsratsmitglieder	9 108	8 685
Arbeiter	5 846 = 64,2 %	5 621 = 64,7 %
davon IG Druck und Papier	4 940 = 84,5 %	4 786 = 85,1 %
Sonstige	7 = 0,1 %	7 = 0,1 %
Unorganisierte	899 = 15,4 %	829 = 14,8 %
Angestellte	3 262 = 35,8 %	3 064 = 35,3 %
davon IG Druck und Papier	2 066 = 63,3 %	1 913 = 62,4 %
DAG	90 = 2,8 %	92 = 3,0 %
Sonstige ²	107 = 3,3 %	120 = 3,9 %
Unorganisierte	999 = 30,6 %	939 = 30,7 %
Frauen	1 892 = 20,8 %	1 573 = 18,1 %
davon IG Druck und Papier	1 289 = 68,1 %	1 047 = 66,6 %
Sonstige	53 = 2,8 %	46 = 2,9 %
Unorganisierte	550 = 29,1 %	480 = 30,5 %
Ausländische Arbeitnehmer	263 = 2,9 %	210 = 2,4 %
Betriebsratsvorsitzende	1 974	2 029
davon IG Druck und Papier	1 764 = 89,6 %	1 725 = 90,1 %
Seitherige BR-Mitglieder	5 065 = 55,6 %	4 043 = 44,4 %
Neugewählte BR-Mitglieder	4 753 = 54,7 %	3 942 = 45,3 %

¹ Deutscher Journalisten Verband

² Vorwiegend: Deutscher Journalisten Verband

Konsequenzen für die Arbeit der Betriebsräte

Angesichts der schon erwähnten Unternehmer- und Regierungspolitik wird der Kampf um jeden Arbeitsplatz und gegen die weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine zentrale Aufgabe aller Betriebsräte sein. Dabei geht es auch um die Umsetzung und Durchsetzung von Tarifbeschlüssen.

Die vielfältigen Aufgaben, die die Betriebsräte - und Gewerkschaften - in den kommenden Jahren zu lösen haben, erfordern ein verantwortungsbewußtes Handeln. Im Interesse und zum Nutzen der Arbeitnehmer darf kein Millimeter verbriefter Rechte und sozialen Schutzes kampflos preisgegeben werden. Allzu oft werden auch gravierende Verstöße von den Betriebsräten hingenommen und die Initiativrechte zu wenig in Anspruch genommen. Hier muß eine „Wende“ in der Betriebsratsarbeit eintreten. So gilt es beispielsweise, die gesetzlichen Möglichkeiten der Freistellung von Betriebsratsmitgliedern von ihrer beruflichen Tätigkeit voll in Anspruch zu nehmen und in den Unternehmen mit mehr als 100 Arbeitnehmern Wirtschaftsausschüsse zu bilden.

Auch die Betriebsratsarbeit muß geplant werden, damit sich der Betriebsrat nicht nur auf Reagieren beschränkt. Die Betriebsräte sollten sich daher ein Arbeitsprogramm - unter Einbeziehung der Aktion „Abwehr ungeschützter Arbeitsverhältnisse“ und der „Werbeaktion 88“ - geben (oder jährlich Schwerpunktthemen festlegen) und dieses aufgrund der betrieblichen Situation und Entwicklung ständig aktualisieren. Dieses Programm soll dazu beitragen, anstehende Konflikte systematisch und zielgerecht zu bearbeiten..

Die auf uns zukommenden Probleme können nur in engerer Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft gelöst werden. Die Einbeziehung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute und des Beauftragten der Gewerkschaft in die jeweiligen Entscheidungsprozesse sowie die regelmäßigen Informationen der Belegschaft sind wichtige Voraussetzungen für eine gute und erfolgreiche gewerkschaftliche Betriebsarbeit.

Ein wesentlicher Grundsatz der Betriebsverfassung (§2 Abs 1 BetrVG) ist, daß die Betriebsräte ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft durchzuführen haben. Der Betriebsrat kann sich daher jederzeit Rat und Unterstützung bei seiner Gewerkschaft holen. Er kann Gewerkschaftsbeauftragte nicht nur zu Betriebsratsitzungen, sondern beispielsweise auch zu den Sitzungen der Wirtschaftsausschüsse und zu Verhandlungen mit dem Arbeitgeber hinzuziehen. Den Bestrebungen der Unternehmer, die einheitliche Interessenvertretung von Gewerkschaft und Betriebsrat nach dem Motto „Teile und herrsche“ zu spalten, muß durch geschlossenes Auftreten mit entschiedenem Widerstand begegnet werden.

Hermann Blanke,
Rechts- und Betriebsratesekretar beim Hauptvorstand der
IG Druck und Papier, Stuttgart